

KVB-Vorstand appelliert an die Politik:

Rasches Handeln ist dringend erforderlich!

Schon vor dem Aus der Ampelregierung Anfang November stünde die ambulante Patientenversorgung vor großen Herausforderungen. Die Entwicklungen in der Gesundheitspolitik sind vor allem Ende 2024 aus Sicht des Vorstands der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) – Dr. Christian Pfeiffer, Dr. Peter Heinz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – mehr als ernüchternd. Dabei brauche es unter anderem bei den Themen Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung im ärztlichen und psychotherapeutischen Bereich, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Digitalisierung dringend rasches Handeln.



Dr. Peter Heinz und Dr. Christian Pfeiffer (v. li.).

Die schon lange angekündigte Entbudgetierung der Hausärztinnen und -ärzte und in der Folge auch der Fachärztinnen und -ärzte sei unerlässlich. Die Praxen stünden unter massivem wirtschaftlichen Druck. Von den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und Psychotherapeutinnen und -therapeuten zu erwarten, dass sie bei steigender Patientenzahl und wachsendem Bedarf praktisch Nullrunden bei der Vergütung hinnehmen, sei nicht tragbar. Ansonsten drohe eine Abwanderung vieler Praxen in den rein privatärztlichen Bereich. Den wachsenden Einfluss von Finanzinvestoren, die über investorengetragene Medizinische Versorgungszentren (iMVZ) immer mehr Bereiche der ambulanten Versorgung kontrollierten, beobachtet die KVB-Spitze mit Sorge. Trotz vieler Ankündigungen von Minister Lauterbach gäbe es bis dato keinen Gesetzesentwurf, der klare Spielregeln schafft.

„Wir erwarten, dass die einseitige Bevorzugung solcher Strukturen beendet wird.“ Zum Thema Digitalisierung wörtlich: „Wir brauchen sinnvoll gestaltete digitale Anwendungen, die den Praxisalltag erleichtern und spürbare Verbesserungen für die Patientenversorgung bringen.“

Die elektronischen Patientenakte (ePA) könne nur dann eine echte Bereicherung für die Versorgung werden, wenn sie praxistauglich, nutzerfreundlich und vor allem datensicher gestaltet sei. Von großer Bedeutung werde sein, dass die Patientin/der Patient von ihrer/seiner Krankenkasse ausreichend über die Widerspruchsmöglichkeiten informiert werde und ihre/seine Rechte niederschwellig ausüben könne. „Wenn sie korrekt geführt wird, kann die ePA in der Patientenversorgung hilfreich sein“, so Dres. Pfeiffer, Heinz und Ritter-Rupp. Und weiter: „Eine bessere Patientensteuerung

ist dringend notwendig. Wir haben hier bereits durch das Pilotprojekt ‚Gemeinsamer Tresen‘ in Rosenheim einen Lösungsansatz geschaffen, der Notaufnahmen entlastet und den Patientenfluss effizient steuert.“ Im Jahr 2025 werde dieses Projekt auch in Augsburg und Würzburg starten. Ein großer Erfolg sei auch die Vernetzung der Rufnummern des ärztlichen Bereitschaftsdienstes unter der 116 117 mit der Notrufnummer 112. Und die im Juni im Bereitschaftsdienst erfolgreich gestartete Videotelefonie-Lösung „DocOnline“ werde weiter ausgebaut.

Weitere Forderungen waren die Förderung des medizinischen Nachwuchses und die psychotherapeutische Bedarfsplanung.

Dagmar Nedbal (BLÄK)

Fördern Sie medizinische Forschung

Helfen Sie uns mit Spenden und Zustiftungen, die erfolgreiche Arbeit in der Krebsforschung weiter voranzubringen. Damit wir auch in Zukunft innovative Forschungsprojekte zielorientiert und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen fördern können. Sprechen Sie uns an. Gerne beraten wir Sie dabei, eine auf Sie persönlich zugeschnittene Form der Förderung zu finden.

Mehr unter: www.wilhelm-sander-stiftung.de



Wilhelm Sander-Stiftung